

„Antifaschisten fühlen sich ausgegrenzt“

DISSONANZEN Der DGB-Vorsitzende spricht von einem Skandal zur Anne-Frank-Ausstellung. Staatssekretärin Huml beharrt auf einer „klaren Abgrenzung von Extremisten jeder Couleur“.

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
GERTRUD GLÖSSNER-MÖSCHK

Bamberg – In Bamberg wird ein handfester Streit ausgetragen, der sich ausgerechnet an der Anne-Frank-Ausstellung entzündet hat. Was zunächst hinter den Kulissen abgelaufen ist und am Rande der Gedenkfeier zur Reichspogromnacht am 9. November zu einem lautstarken Streit zwischen zwei Personengruppen geführt hat, wurde vom DGB-Regionsvorsitzenden Werner Schnabel jetzt an die Öffentlichkeit gebracht.

„Stellung missbraucht?“

In einer Funktionärsbesprechung in Bamberg und in der anschließenden Presseerklärung bezichtigte Schnabel die Sozialstaatssekretärin Melanie Huml, ihre Stellung als Organisatorin dazu missbraucht zu haben, „eine bewährte Antifaschistische Organisation auszugrenzen“. Das sei in seinen Augen ein Skandal. Dass Huml die Ausstellung nach Bamberg brachte, sei absolut verdienstvoll; mehr als kritikwürdig sei aber die Tatsa-

che, dass sie ihn gebeten habe, auf die Nennung der „Vereinigten der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten“ (VVN/BdA), als Mitveranstalter zu verzichten, obwohl diese zusammen mit dem DGB zwei Rahmenveranstaltungen für das Programm gemeldet habe.

Humls Begründung laut Schnabel: Die VVN werde vom bayerischen Verfassungsschutz als linksextremistisch eingeschätzt. Er, Schnabel, habe auf die Nennung der VVN nicht verzichten wollen, so dass die beiden Veranstaltungen nicht im Rahmenprogramm angekündigt worden seien. Es handele sich um den Vortrag „Symbole, Codes und Lifestyle der Neonazis“ am 23. November um 19.30 Uhr, An der Universität 5 HS 024, sowie den Friedhofsgrund-



Werner Schnabel



Melanie Huml

sei ist für Schnabel eine Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus.

Veranstaltungen wie geplant

„Die VVN Bamberg, in deren Reihen ein Bürgermeister Grosch aktiv gewesen war, der der ehemalige Studiendirektor Karlheinz Franke angehörte und deren langjährige Vorsitzende Hilde Kaim für dieses Engagement mit der Verdienstmedaille der Stadt Bamberg geehrt worden ist, hat schon Erinnerungs-, Gedenk- und Aufklärungsveranstaltungen durchgeführt, als noch lange kein CSU-Landtagsabgeordneter auf diese Idee kam.“

gang am 25. November um 10 Uhr ab Gönninger Kapelle.

Die Ausgrenzung einer Organisation, die von ehemaligen KZ-Häftlingen gegründet und viele Jahre getragen worden

Die Veranstaltungen von DGB, VVN, GEW-Hochschulgruppe und anderen finden laut Schnabel wie geplant statt. Er legt Wert auf die Feststellung, dass Neofaschisten und andere Rechtsradikale keinen Zutritt zu den Veranstaltungen haben.

Huml nimmt Stellung

Sozialstaatssekretärin Huml, die wir mit den Vorwürfen Schnabels konfrontierten, nahm gestern Abend zu den Vorwürfen Stellung: „Als Initiatorin der Anne-Frank-Ausstellung in Bamberg halte ich es für unabdingbar geboten, im Zusammenhang mit der Ausstellung jeglichen extremistischen Anschein zu vermeiden.“

Die ‚Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten – VVN/BdA Bamberg‘ steht nicht nur in Bayern im Verdacht, linksextremistisch zu sein und wird deshalb vom Verfassungsschutz beobachtet. Es sollte Grundkonsens aller Demokraten sein, Extremisten keinen Raum für Veranstaltungen mit Schulen zu geben. Dass sich der DGB eine sol-

che Hypothek für die Ausstellung aufgeladen hat und weiterhin aufladen möchte, ist mir unverständlich. Ebenso, dass er nun die internen Überlegungen der Initiatoren an die Öffentlichkeit zerrt und sie in gewöhnungsbedürftiger Weise als Marketing-Aktion für die beiden Veranstaltungen des DGB mit dem VVN/BdA instrumentalisiert. Ich bleibe fest bei meiner Auffassung, mich klar von den linksextremistischen Tendenzen im VVN/BdA zu distanzieren.

Anders als auf der DGB-Einladung ausgewiesen, dürfen Neonazis und andere Rechtsradikale nicht nur ‚nicht willkommen‘ sein – wir müssen uns klar von Extremisten jeder Couleur, sei es von Rechts wie von Links, abgrenzen. Das gebietet uns schon der Respekt vor den Opfern der abscheulichen Verbrechen der Nazi-Diktatur. Denn Ziel der Anne-Frank-Ausstellung ist es gerade, ein Zeichen für mehr Toleranz, Demokratie und Freiheit sowie gegen Extremismus und Antisemitismus zu setzen.“